©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ebenso bedeutungsvoll wie diese zahlenmäßig erfaßbaren Tatsachen waren letzten Endes die ideellen Ergebnisse des Jahrzehnts vor 1933. Die operativen Ideen hatten sich geklärt, das taktische Denken konnte wieder über den begrenzten Rahmen reiner Theorie hinausgreifen. Ausbildungs- und Einsatzvorschriften waren als geistige Grundlagen für die Zukunft bereitgelegt. Die technische Entwicklung hatte das Vakuum der Nachkriegszeit überwunden und aufgeholt, was inzwischen erarbeitet worden war. Die persönlichen Einsatzerfahrungen hatten das Kernpersonal einer zukünftigen Luftwaffe zu hochwertigen Fachleuten und Lehrern des kommenden Nachwuchses geschult.

Mit alledem hatte sich das Schwergewicht der Aufrüstungsvorbereitungen vom Schreibtisch auf den Flugplatz verlagert.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich, was diese Wandlung auf psychologischem Gebiet bedeutete. Die Hunderte von neuen Fliegern hatten die inneren Belastungen des verlorenen Kriegs überwunden, ihr Selbstvertrauen wuchs, der fliegerische Geist war wieder erwacht.

Diese materiellen und ideellen Auswirkungen der Arbeit in Lipezk waren das Ziel der Reichswehr gewesen. Im Rahmen eines militärtechnischen Zusammenwirkens fachlicher Art hatte der Erfolg für sie entschieden.

WILHELM TREUE

DAS DRITTE REICH UND DIE WESTMÄCHTE AUF DEM BALKAN

Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933-1939

Vorbemerkung des Herausgebers

Mit den im folgenden behandelten Vorgängen hat sich von der deutschen Seite her eine Literatur unter den Stichworten „Werdende Großraumwirtschaft", „Gruppenautarkie und Freihandel", „Großraumordnung" usw. befaßt, die in ihren Thesen wie in der zugrunde liegenden Statistik zu sehr der Entstehungszeit verhaftet ist, um hier ohne weiteres den Leitfaden bilden zu können. Das ausländische Schrifttum (z. B. Paul Einzig, Appeasement before, during and after the War — London 1942 —; John Hargrave, Montagu Norman — New York 1942 —; Elizabeth Wiskemann, Prologue to War — New York 1940 —; dazu die Bücher von Antonin Basch) enthält zwar viele in Deutschland noch unbekannte Einzelheiten, ist aber auch stark kriegsbedingt und zudem schwer erhältlich. Der Verfasser hat sich wesentlich auf zeitgenössische publizistische Quellen gestützt, auch im Einzelfall

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf Aktenfunde. Die dokumentarisch bereits etwas besser geklärte, aber einen Spezialfall darstellende nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gegenüber der Tschechoslowakei ist bewußt beiseite gelassen worden. Es handelt sich im folgenden daher um ein Gebiet der Forschung, für das die Unterlagen erst sehr teilweise zur Verfügung stehen. Der Verfasser selbst betrachtet seine Studie als einen Versuch, „ein paar Lichtungen und Schneisen in dieses Dickicht zu schlagen". Sie erscheint trotz ihres vorläufigen Charakters wertvoll nicht nur wegen der bisher fehlenden „Konfrontation" der von den beiden hier in Betracht kommenden Lagern betriebenen Außenhandelspolitik, sondern vor allem auch, weil sie durchgeführt wird unter steter Besinnung auf die Strukturzusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik nebst ihren „weltanschaulichen" Beimischungen und Begründungen, — weil sie also auf Zusammenhänge gerichtet ist, um deren Klärung es dieser Zeitschrift wesentlich gehen muß. H. R.

Mit* zwei großen Vierjahresplänen versprach Hitler in seinem Aufruf vom 1. II. 1933 an das deutsche Volk, „das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes" zu lösen. Der eine sollte die Arbeitslosigkeit bekämpfen und beseitigen, der andere den deutschen Bauern der „Verelendung" entreißen. Die mit den Maßnahmen im Rahmen beider Vierjahrespläne verbundenen Mehrbeschäftigungen und Erhöhungen des Nationaleinkommens steigerten den Bedarf an Rohstoffen erheblich. Der plötzlich erhöhten Nachfrage fühlte sich der Handel, dessen Lagerbestände während der Krisenjahre geschrumpft waren, nicht gewachsen. Die Beschaffung von Rohstoffen inländischer Herkunft war, wenn nicht einfach, so doch möglich; die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Auslande kostete Devisen. Die Steigerung der Devisenanforderungen aus der Besserung der Geschäftslage in Deutschland traf zusammen mit der schnellen Abnahme der Devisenbestände der Reichsbank durch die Entwicklung der internationalen Finanzpolitik und der deutschen Schuldenzahlungen.

Diese Erscheinungen erzwangen eine neue Stellungnahme des Nationalsozialismus, der sich nicht mehr in der von der Verantwortung freien Opposition und Obstruktion, sondern in der Regierung befand, zu den Fragen der internationalen und der Weltwirtschaft einerseits, der Autarkie andererseits. Schacht hat 1933/35 verschiedentlich auf die Unmöglichkeit einer auch nur annähernd autarken Wirtschaft in Deutschland hingewiesen[1]. Das Bekenntnis zum „Güteraustausch mit dem Ausland" und zur Weltwirtschaft von seiten eines so kenntnisreichen Wirtschaftlers, der zu jener Zeit auf seinem Fachgebiet an verantwortlicher und auch noch an einflußreicher Stelle stand, befand sich in diametralem Gegensatz zu der tradi-

* Bei der Beschaffung des Materials sind mir die Herren Dr. phil. Klaus Müller (Hannover) und cand. phil. Hans Schiefer (Göttingen) behilflich gewesen; beiden bin ich zu Dank verpflichtet.

[1] Z. B. in „Rheinische Wirtschaftszeitung" 27. 5. 1934 und „Deutschland und die Weltwirtschaft", Vortrag in der T. H. München 7. 12. 1935.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionellen Parteidoktrin, welche die Wirtschaft als Kampf, und die Autarkie als eine Grundforderung der deutschen Souveränität und Ehre empfand[2].

Gegenüber den Partei-Ideologen vermochte sich Schacht, seit einigen Monaten Reichswirtschaftsminister, im September 1934 mit seinem „Neuen Plan" durchzusetzen: „Meine Überlegung", so hat er es nachträglich formuliert, „ging von der einfachen Forderung aus, niemals mehr zu kaufen, als bezahlt werden kann ... Wenn man keine Devisen hat, um überall zu kaufen, dann interessiert die Frage der Billigkeit des Preises nicht mehr. Dann rückt die Frage in den Vordergrund, ob überhaupt noch eine Möglichkeit besteht, die gewünschte Ware irgendwo zu bekommen, auch wenn der Bezug teuer ist. Konnte man nicht Verkäufer finden, die bereit waren, nicht gegen Bezahlung in ihrer Währung zu verkaufen, sondern gegen einen anderen Gegenwert? Dieser andere Gegenwert konnte nur unsere deutsche Ware sein. Ich mußte also nach Agrar- und Rohstoffländern Ausschau halten, die bereit waren, deutsche Waren abzunehmen, wenn wir ihnen ihre Agrar- und Rohstoffe abnahmen. Mit solchen Ländern mußte man bilaterale handelspolitische Abmachungen treffen[3]."

Diese Formulierungen enthalten den Kern der nationalsozialistischen Außenhandelspolitik – wobei zunächst noch für eine ganz kurze Zeit der Handel vor der Außenpolitik und damit auf diesem Feld gewissermaßen noch Schacht vor Hitler stehen durfte. Noch war es ihm erlaubt, auf die Grenzen der nationalsozialistischen Politik wie auf die Gefahren einer übertriebenen Kontrolle und Lenkung hinzuweisen[4], während er gleichzeitig betonte, der Neue Plan dürfe „nicht ausschließlich als eine augenblickliche Notmaßnahme gewertet werden, sondern er ist ... ein Stück Wirtschaftspolitik auf lange Sicht"[5].

Die Außenhandelspolitik des Neuen Planes nahm ihre Hauptrichtung demgemäß nach den Agrar- und Rohstoffländern des Südostens, die zugleich arm an Industrie waren. Ein kurzer Blick auf diese Partner und ihre internationale Stellung ist daher angebracht. Ein Jahr nach der Gründung des Dritten Reiches wurde am 9. 2. 1934 zwischen Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei jener Balkanpakt geschlossen, der die Linie früherer Bemühungen um regionale Verteidigungen wie die Kleine Entente, den italienisch-österreichisch-ungarischen Pakt und den Baltischen Pakt fortsetzte und sich wie diese gegen die „Revisionsgefahr" von außen, in diesem Fall aber auch von innen (Bulgarien) wandte. Der revisionistische Balkanstaat schloß sich erst 1938 der Entente an. Zugleich aber bemühte man sich in Fortsetzung von Konferenzen der Jahre 1930 und 1931 um eine engere Verbindung aller südosteuropäischen Länder in wirtschaftlicher, tech-

---

[2] Eine beispielhafte Formulierung bei Dr. (später Prof.) Hunke in der von diesem herausgegebenen führenden nationalsozialistischen Wirtschaftszeitung „Die Deutsche Volkswirtschaft" 1934 Nr. 16.

[3] Hj. Schacht: „Abrechnung mit Hitler", Hamburg 1948 S. 12.

[4] Z. B. Rede über Außenhandelsfragen, Weimar (29. 10. 1934) und Aufsatz „Ziele deutscher Wirtschaftspolitik" in „Deutscher Beamtenkalender" 1935.

[5] Beamtenkalender 1935 a. a. O.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nischer, kultureller und schließlich in politischer Beziehung, d. h. um eine Art Balkansolidarität. Eine Konferenz im Mai 1932 in Konstantinopel hatte zur Regelung der Tabakwirtschaft, die zweite Balkankonferenz im Oktober 1931 und die Balkanwoche in Konstantinopel im Juni 1932 zur Gründung einer Balkanhandelskammer geführt, die im Dezember 1932 eröffnet werden konnte. Die Schaffung einer entsprechenden Landwirtschaftskammer, der schrittweise Aufbau einer Postunion, Einigungen über Straßen- und Eisenbahnverkehrsfragen, und schließlich erste vorsichtige Gespräche über eine künftige Zollunion auf der 4. Balkankonferenz im November 1933 erlaubten die Hoffnung, daß über Minoritätenprobleme und andere schwierige Fragen hinweg die Konsolidierung Südosteuropas nicht unmöglich sein würde[6].

Die Wendung der deutschen Außenhandelspolitik zu diesen Südoststaaten ist in ihrem dann bereits gefährlich erscheinenden Umfange international nur langsam und voll wohl erst 1936 erkannt und dann zunächst einmal in das traditionelle Bild von Deutschlands „Drang nach dem Südosten" eingeordnet worden, der in den britischen Korrespondenzen häufig auch allgemeiner als „Drang nach dem Osten" bezeichnet wurde. Indem man in England an Naumanns „Mitteleuropa"-Buch aus dem Jahre 1915 erinnerte, das schon 1916 in englischer Übersetzung vorgelegen hatte, wies man auf die Möglichkeit hin, daß das nationalsozialistische Deutschland zunächst wirtschaftlichen Einfluß gewinnen und danach auf dieser Grundlage „a political structure of German hegemony" errichten könnte[7]. Es ist nicht ohne Interesse, die ersten Befurchtungen dieser Art[8] – denen auf Jahre hinaus keine Entlastungsmöglichkeiten an die Seite gestellt werden konnten – mit Schachts offenbar betont friedlichen Formulierungen anläßlich eines Interviews mit dem berühmten französischen Journalisten Jules Sauerwein drei Wochen zuvor zu konfrontieren: „Ich bin eine Art Hausierer. Im Flugzeug fliege ich von einer Hauptstadt des Balkans zur anderen. Man empfängt mich liebenswürdig, denn ich komme im Namen einer Großmacht: Seine Majestät der Kunde. Wenn man heutzutage bei den schweren Zeiten einen Kunden kommen sieht, der erklärt, ich kaufe alles, was Sie mir verkaufen wollen, so ist das ein guter Fund, selbst wenn der Kunde hinzufügt, daß er nur mit Ware zahlen kann[9]."

Daß die Balkanstaaten seit Begründung ihrer Selbständigkeit bzw. seit Kriegsende große und häufig unüberwindliche Schwierigkeiten beim Absatz ihrer Agrarprodukte gefunden hatten, war bekannt. Die Kleine Entente zeigte sich außerstande, Abhilfe zu schaffen: die noch immer halbagrarische Tschechoslowakei konnte nicht den Getreideüberschuß ihrer Verbündeten aufnehmen. Und Frank-

[6] Survey of International Affairs 1934 by Arnold J. Toynbee, Oxford 1935, S. 508ff. — Für die politische und kulturelle Seite vgl. T. J. Geshkoff, A Road to Peace in South-Eastern Europe (1940); R. J. Kerner and H. N. Howard, The Balkan Conferences and the Balkan Entente 1930—1935 (1936) und L. S. Stavrianos, Balkan Federation (1944).

[7] Survey of International Affairs 1936 by Arnold J. Toynbee, Oxford 1937 S. 526.

[8] Bulletin of International News 4. 7. 1936 („Dr. Schacht in the Balkans: The Economic Background").

[9] Interview 16. 6. 1936.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reich fehlte trotz seiner langen Tradition politischer Anleihen und Wirtschaftsverträge die Einsicht, daß die teure Gründung und politische Stützung der Kleinen Entente unvollständig und gefährdet blieb, solange nicht die Wirtschaft der in ihr verbundenen Staaten ausreichend gefördert wurde. Vor allem war es eben kein „majestätischer Kunde". Seit 1930 hatte es immer wieder die Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kleinen Entente betrieben; aber um 1935 brauchte es kaum nennenswerte Getreideeinfuhren. Die Sowjetunion andererseits war für Rumänien und Jugoslawien einer der gefürchtetsten Rivalen auf dem Getreideweltmarkt. Verschärfend kamen die Sanktionen gegen Italien hinzu, das mit billigen Textilwaren, vor allem aber mit Agrarimporten, Rumäniens und Jugoslawiens bester Handelspartner gewesen war. England und Frankreich mußten daher insbesondere Jugoslawiens Beteiligung an den Sanktionen 1935 und 1936 mit besonderen Getreideeinfuhrkonzessionen erkaufen, ohne daß die zunehmenden Exportschwierigkeiten der beiden Balkanstaaten auf den Märkten Großbritanniens, Frankreichs und der Tschechoslowakei ausgeglichen werden konnten.

Hier lag Deutschlands große, in diesem Umfang unerwartete Chance. Es konnte durch stattliche Getreidekäufe Sympathien gewinnen, damit die internationalen Marktverhältnisse zu seinen Gunsten verändern und so eine Sphäre politischen Einflusses errichten – was alles nur möglich war, weil im Dritten Reich über die früheren Ansätze der französischen Balkanwirtschaftspolitik hinaus die Entwicklung des Außenhandels am wenigsten den Interessen der einzelnen Kaufleute überlassen blieb, sondern vom Staate unter politischen, in erster Linie unter rüstungspolitischen und strategischen Gesichtspunkten gelenkt und bestimmt wurde. Während England, Frankreich und die Tschechoslowakei gemeinsam nur 25 % des jugoslawischen Getreideexportes aufnahmen, erbot Schacht sich, für Deutschland 60 % zu nehmen[10] und obendrein einen Preis zu zahlen, der 30 % über dem des Weltmarktes lag. Daß das ein Köder war, der Abhängigkeit zur Folge haben würde, erwies sich ungeachtet der Tatsache, daß Jugoslawien zunächst auf Kredit liefern mußte. Mit diesem ersten Schritt war der Weg betreten, der zur Verdrängung der Westmächte aus Jugoslawien führen sollte. Gerade weil Deutschland das in manchen nationalsozialistischen Kreisen angestrebte Ziel der Autarkie aufgegeben hatte, war es jetzt ideologisch beweglich genug und in der Lage, Frankreich und England über die Wirtschaft auch politisch Schritt für Schritt aus dem europäischen Südosten zu verdrängen und die Kleine Entente zu paralysieren.

Während Deutschland zunächst den hohen Preis für das gekaufte Getreide schuldig blieb und die jugoslawische Regierung einstweilen ihren Bauern Vorschußzahlungen leistete, verkaufte das Dritte Reich einen erheblichen Teil des eben erworbenen Getreides in Rotterdam und London zum Weltmarktpreis und darunter gegen Devisen, die für wehrwichtige Rohstoffeinkäufe Verwendung finden konnten. Man überspielte also die Westmächte zweimal. Wenig später erklärte sich „Seine Majestät der Kunde" den südosteuropäischen Gläubigern gegenüber außer-

[10] Bulletin of International News 4. 7. 1936 S. 5.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stande, seine Schulden in voller Höhe in Devisen abzudecken, dagegen bereit, an Stelle der Devisen gewisse deutsche Waren zu liefern – in erster Linie Waffen. Um ihre eingefrorenen Guthaben überhaupt in irgendeiner Form verwenden zu können, mußten die Regierungen dieses „Angebot" akzeptieren, zumal sie nicht nur die den Lieferanten gewährten Vorschüsse in irgendeiner Form wieder in ihren Beständen brauchten, sondern außerdem auch eine Markabwertung befürchteten, von der man gerade um jene Zeit in Deutschland sprach. Infolgedessen bestellten die Südoststaaten fortan viele Waren, die früher aus Westeuropa bezogen worden waren, in Deutschland, obgleich die westeuropäischen Länder durch Deutschlands Vermittlung schließlich doch einen beträchtlichen Teil des südosteuropäischen Agrarüberschusses aufgenommen hatten.

Schachts Reise als „Hausierer" im Juni 1936 nach Wien, Belgrad, Athen, Sofia und Budapest — der im Mai 1935 Görings „Hochzeitsreise" unmittelbar nach Abschluß des französisch-sowjetischen und des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages nach Budapest, Sofia, Ragusa und Belgrad vorangegangen war – stellte an sich schon einen vollen Erfolg dar und wurde von ähnlichen Erscheinungen, wenngleich geringeren Ausmaßes, in anderen Wirtschaftsbereichen unterstrichen.

Schon im März 1936 war es zwischen Krupp und dem Eisenwerk Zenica in Bosnien zu einem Vertrag über die Modernisierung eines Walzwerkes im Werte von 160 Mill. Dinar gekommen, obgleich die englischen und tschechischen Angebote preislich günstiger gelegen hatten als die deutschen Bedingungen. Der Grund für diesen Erfolg war, daß in Deutschland eingefrorene jugoslawische Guthaben bestanden, in den westeuropäischen Ländern dagegen nicht. Noch im gleichen Monat folgte aus dem nämlichen Grunde ein weiterer Auftrag einen Brückenbau betreffend an Krupp. Und schließlich endeten die am 17. III. begonnenen deutsch-jugoslawischen Verhandlungen am 1. IV. mit einem Verrechnungsabkommen, in dem Jugoslawien zur Auflösung seiner Forderungen an Deutschland in einer Höhe von 470 Mill. Dinar sich zu verstärktem Import aus Deutschland verstehen mußte. Das geschah, indem man einmal einige Wochen später große Aufträge für Eisenbahnmaterialien nach Deutschland vergab und zum anderen am 12. VI. (also während Schachts Aufenthalt in Belgrad[11]) die Einschränkung der Handelsbeziehungen zu den Niederlanden, Großbritannien, den USA und anderen Ländern zugunsten des Dritten Reiches beschloß. Mit Recht konnte der jugoslawische Premierminister

[11] Vgl. IMT XXVII, S. 148 (Dok. PS - 1501, Niederschrift des Ministerrates am 27. 5. 1936, o. Unterschrift). „. . . Göring: Stellt zur Debatte Übernahme eines spanischen Zinnvorkommens, das von schwedischer Seite angeboten wird. – Schacht: Grundsätzlich einverstanden, besonders wenn im Partnergeschäft deutsche Leistungen durch Maschinenlieferungen erfolgen. – Göring: Bittet Min. Schacht, bei demnächstigen Besuch [auch] in Belgrad bezüglich Jugoslawien in diesem Sinne zu verhandeln. – Schacht: Kupferausbeutung in Jugoslawien muß unmittelbar erfolgen unter Ausschluß der Franzosen, die Kupfer nur gegen Devisen verkaufen. . . ." (Die Erwähnung des spanischen Erzvorkommens rollt die interessanten wirtschaftlichen Hintergründe der „weltanschaulich" verbrämten Militärhilfe für Franco auf, die hier nicht behandelt werden können. Viel Material dazu in „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik", Serie D, Bd. III.)

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stojadinowitsch bei der Grundsteinlegung für das neue Werk in Zenica vom „Beginn einer neuen Wirtschaftspolitik" sprechen. In schneller Folge trafen nun weitere deutsche Besuche ein – das eine Mal war es der Präsident der Handelskammer Düsseldorf, das andere Mal im September eine Gruppe von 11 deutschen Wirtschaftsjournalisten, und gegen Ende des Jahres sprach man von der Gründung einer deutschen Bank in Jugoslawien.

Bei so vielfältigen Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen stieg Deutschlands Anteil an der jugoslawischen Ausfuhr von 16,88 % im Jahre 1935 auf 25,44 % im ersten Halbjahr 1936, während gleichzeitig Italien seine führende Stellung im jugoslawischen Export an Deutschland abtrat, indem sein Anteil von 20,5 % auf 1,97 % sank. Jugoslawiens Einfuhr kam gleichzeitig zu 23,55 % aus Deutschland, zu 17,35 % aus der Tschechoslowakei, zu 11,44 % aus Großbritannien und nur zu 0,01 % aus Italien[12].

In England betrachtete man diese Stärkung der deutschen Position auf dem Balkan zwar mit Aufmerksamkeit, erkannte jedoch nicht oder wollte nicht sehen, daß es sich um mehr als Wirtschaftsfragen, nämlich um Große Politik handelte. So eigenartig es scheint, so trifft es im ganzen doch zu, daß man auf der einen Seite wohl mit Zitaten aus Naumanns und Friedrich Lists Werken wie mit Erinnerungen an frühere deutsch-türkische Beziehungen schnell bei der Hand war, gemäß der Struktur spätliberaler Wirtschaftsauffassung jedoch außerstande war, den grundsätzlich richtig erkannten Gefahren praktisch zu begegnen. Staatlich gelenkte Wirtschaft auf der einen und ein an den Prinzipien des Individualismus festhaltendes Wirtschaftsdenken auf der anderen Seite standen einander gegenüber. Dabei war die britische Seite geneigt, sich mit vorübergehenden deutsch-jugoslawischen Spannungen, mit dem Mangel an jugoslawischen Reisedevisen in Deutschland und gelegentlichen Schwankungen in der deutschen Getreideeinfuhr aus Jugoslawien zu beruhigen und Deutschlands Fortschritte in Jugoslawien sowohl als kurzfristig wie als singulär zu bagatellisieren[13], während doch gleichzeitig in Griechenland und Bulgarien, Ungarn und Rumänien sich der gleiche Vorgang aus gleichen Ursachen und auf fast die gleiche Weise abspielte. Es war nur eine geringe Abhilfe, wenn Frankreich in Anknüpfung an seine älteren Traditionen im Februar 1936 in einem Handelsvertrag mit Rumänien diesem die Mittel zum Ankauf französischer Waffen zur Verfügung stellte.

Hätte es sich bei diesem ganzen Prozeß um einen rein wirtschaftlichen Vorgang gehandelt, so wäre er auf die Dauer vielleicht wirklich – wie man in England zuversichtlich hoffte – kaum mit Erfolg zu wiederholen gewesen. In der Tat versuchten die Südoststaaten 1936/37 verschiedentlich, sich wieder von Deutschland zu lösen[14] oder die Lockerung der Beziehungen zu anderen Handelspartnern

[12] Survey . . . 1936 a. a. O. S. 551.

[13] Manchester Guardian 16. 9. 1936.

[14] Vgl. dazu als illustratives Dokument: IMT XXVII, S. 128 ff. (Dok. 1301 – PS), die vorgelegte „Aufzeichnung über die Versorgungslage auf dem Betriebsstoffgebiet und ihre Auswirkungen für die Wehrmacht", v. 9. 3. 1936, o. Unterschrift. „. . . III. Die Abhängig-

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zugunsten Deutschlands aufzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt war aber Deutschlands Ausfuhr nach den Südoststaaten gegenüber 47,5 Mill. RM im ersten Halbjahr 1934 bereits auf 174,2 Mill. RM im ersten Halbjahr 1936 gestiegen. Und inzwischen war nicht allein der zweite Vierjahresplan mit dem wichtigen Bereich der Kunststoffentwicklung ins Leben gerufen worden, der die Verlagerung der Außenhandelsbeziehungen erleichterte, sondern das Dritte Reich konnte hinter seine außenhandelspolitischen Bemühungen mehr und mehr auch den Druck planwirtschaftlicher Lenkung und, nach der „Wiederherstellung der Wehrhoheit", machtpolitische Stärke setzen. So wurde die internationale wirtschaftliche Konkurrenz in Südosteuropa in den letzten drei Jahren vor Ausbruch des Krieges immer deutlicher eine Auseinandersetzung zwischen staatlich kontrolliertem, gelenktem und selbst betriebenem Außenhandel auf der einen Seite und liberalkapitalistischer Privatwirtschaft auf der anderen Seite, die – ohne staatliche Unterstützung, ohne echte Zusammenarbeit, behindert durch Konkurrenztreiben aus den eigenen Reihen usw. – sich als unterlegen erwies. Dies um so mehr, als die grobe Anfangstechnik des Neuen Planes, auf die Schacht selbst früh aufmerksam gemacht hatte, ständig verfeinert und immer besser auch auf die Bedürfnisse der Südoststaaten abgestimmt wurde.

Am wichtigsten war freilich, daß sich in Deutschland die Auffassung einer angemessen erweiterten Autarkie durchzusetzen begann. Daß das Dritte Reich in den Grenzen der Weimarer Republik und selbst nach der Rückgliederung des Saargebietes keiner Autarkie fähig war, wurde zwar von den Sachkennern gegen Hitlers Phantasien aufrechterhalten[15]. Doch mit den von Görings Vierjahresplan erwarteten Ergebnissen, nach Durchführung des Anschlusses Österreichs an das „Altreich" und

---

keit der Gesamtversorgung von der Einfuhr. Die in starkem Maße in den letzten Wochen aufgetretenen Einfuhrschwierigkeiten, die durch eine Häufung wirtschaftspolitischer Ereignisse im Außenhandel hervorgerufen sind, gefährden nicht nur die Vorrathaltung der Wirtschaft, sondern auch die Fortsetzung der Bevorratungspolitik der Wehrmacht. Sie erschüttern damit die unerläßliche Voraussetzung für die Durchführung des Motorisierungsprogramms der Wirtschaft und daher auch für die Mobilisierung der Wehrmacht in dem für den Kriegsfall vorgesehenen Umfang an mobilisierten Fahrzeugen.

Insbesondere sind starke Ausfälle entstanden:

1. durch das russische Ausfuhrverbot für Mineralöle, durch die der etwa 20% des deutschen Marktes versorgende Benzolverband bereits in beträchtliche Schwierigkeiten geraten ist.
2. durch die plötzlich wesentlich höheren Forderungen der Rumänen, die Treibstoffe nur gegen Bardevisen oder aber in Mark bei starker Preissteigerung zu liefern bereit sind. Der Anteil der rumänischen Zufuhren an der Deckung des deutschen Bedarfs betrug im letzten Jahr über 40%. Die Firma Olex, deren Anteil am deutschen Markt 11% beträgt, hat wegen der Stockung der rumänischen Lieferungen schon jetzt ihr Geschäft erheblich vermindern müssen und wird vor der Einstellung der Marktversorgung stehen, wenn bis zum Juni 1936 keine Abhilfe geschaffen ist.

Die Einengung der Zufuhren läßt für die anderen großen Verteilungsorganisationen im gleichen Zeitraum ähnliche Stockungen erwarten. . . ."

[15] Vgl. a. a. O., S. 153 f., die Aktennotiz des Oberst i. G. Thomas vom 2. 9. 1936:

„Präs. Schacht rief mich heute 13.00 Uhr zu sich und bat mich, dem Herrn Kriegsminister folgendes zu übermitteln:

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach der Gewinnung ausreichender Einflußsphären auf dem Balkan erschien es durchaus möglich, mit Hilfe eines solchen großen und reichen Versorgungsraumes zu dem Gedanken der Rohstoff-Freiheit und selbst der Autarkie zurückzukehren. Dieser Gedanke lag um so näher, als die Verdichtung der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen 1936 keineswegs, wie man in England hoffte, ihren Höhepunkt erreicht hatte, sondern 1937 fortgesetzt werden sollte und konnte.[16] Der einzige britische Trost war, daß ihre Geschwindigkeit sich zu verlangsamen schien, so daß Optimisten ihr Ende für die nahe Zukunft voraussagen zu können

---

Sch. sei mit schwersten Sorgen vom Führer zurückgekehrt, da er dem vom Führer geplanten Wirtschaftsprogramm nicht zustimmen könne.

Der Führer wolle auf dem Parteitag über Wirtschaftspolitik sprechen und dabei zum Ausdruck bringen, daß wir uns jetzt mit aller Energie durch Inlandserzeugung vom Auslande freimachen würden. Sch. bittet dringlichst, daß der Reichskriegsminister den Führer vor diesem Schritt warnt. Betont der Führer vor den Massen in Nürnberg dieses Vorhaben, so wird er bei den Zuhörern großen Beifall haben, aber damit die gesamte Handelspolitik zum Scheitern bringen. In unserer Notlage gibt es nur eines, die Exportförderung. Jede Drohung gegen das Ausland erzielt aber die gegenteilige Wirkung.

Es muß dem Führer immer wieder gesagt werden, daß wir mit den deutschen Werkstoffen noch nicht so weit sind. Auf dem Treibstoffgebiet haben wir Rückschläge, auf dem Gummigebiet gibt es nicht vor Mitte nächsten Jahres größere Mengen. Das Renn-Verfahren auf dem Erzgebiet macht große Schwierigkeiten. Wenn wir jetzt unseren Entschluß, uns wirtschaftlich selbständig zu machen, erneut nach außen hinauswerfen, drücken wir uns selbst die Gurgel zu, denn wir können die notwendige Übergangszeit nicht mehr durchhalten. Außerdem sei immer wieder darauf hinzuweisen, daß deutsche Werkstoffe vorläufig viel zu teuer sind, um im Export verwandt zu werden, und der Export allein ermöglicht die weitere Rüstung. Wenn die Ernährungslage des Volkes nicht gefährdet werden solle, müsse der Führer von seinem Plan Abstand nehmen. Präs. Schacht schloß, daß er nochmals inständigst bitte, diese seine Warnung zu hören und er sie an den Herrn Kriegsminister übermittele, da er an der morgigen Besprechung beim Führer nicht teilnehme. gez. Thomas 2./9."

[16] Vgl. Dok. NI – 051 (Nürnberg, ungedruckt): „Ministerpräsident Generaloberst Göring über die Durchführung des Vierjahresplanes, Rede im großen Sitzungssaal des Preußenhauses am 17. Dezember 1936. Nach einem kurzen weltpolitischen Überblick über die Gefahren des Bolschewismus und der Weltrevolution erklärte Göring u. a.: . . . In bezug auf die Ausfuhr erwähnte er ihm zugetragene Stimmen, wonach die Ausfuhr oft an den Bestimmungen scheitere. Er habe wiederholt gesagt, daß, wenn ein wertvolles Ausfuhrgeschäft zu machen sei, man jede Bestimmung umgehen müsse, um das Geschäft unbedingt zu sichern. (Heiterkeit.) Wer viel riskiere, der müsse auch einen entsprechenden Gewinn haben. Aber dabei muß das Grundinteresse entscheidend sein und Disziplin gehalten werden. Die Geschäfte, namentlich die der Ausfuhr, können nicht starr behandelt werden. Man kann hier nicht immer nach festen Vorschriften arbeiten. Wenn mir jemand 10 Waggon Kupfer bringen kann, die er aber um 40 Prozent höher als Weltmarktpreis bezahlen muß, so soll er das tun . . .

Die Auseinandersetzung, der wir entgegengehen, verlangt ein riesiges Ausmaß von Leistungsfähigkeit. Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen. Allein entscheidend ist hier der Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden. Man kann sich hier nicht richten nach buchmäßiger Gewinnrechnung, sondern nur nach den Bedürfnissen der Politik. Es darf nicht kalkuliert werden, was kostet es. Ich verlange, daß Sie alles tun und beweisen, daß Ihnen ein Teil des Volksvermögens anvertraut ist. Ob sich in jedem Fall die Neuanlagen abschreiben lassen, ist völlig gleichgültig. Wir spielen jetzt um den höchsten Einsatz. Was würde sich wohl mehr lohnen, als Aufträge für die Aufrüstung? . . .

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinten. Tatsächlich verdoppelte sich 1937 die deutsche Getreideeinfuhr aus Rumänien, stieg die aus Jugoslawien erheblich, etwas weniger stark die aus Bulgarien, Griechenland und Ungarn.

Deutlich erwies sich, daß es sich nicht um den gelegentlichen Handel mit gewissen Getreidemengen handelte, sondern um prinzipielle Veränderungen, die auf lange Sicht die gesamte Volkswirtschaft einiger Südoststaaten beeinflußten. Deutschland kaufte 1937 nicht mehr nur jugoslawische Getreidevorräte und Erze, sondern begann, Wünsche zu äußern und Kapitalien für deren Erfüllung zur Verfügung zu stellen. Wenn Rumänien und Bulgarien zum Anbau von Sojabohnen angeregt wurden, so bot Deutschland nicht allein eine Abnahmegarantie, sondern auch die Mittel zum experimentellen und schließlich zum großangelegten Übergang von alten zu neuen Anbauweisen. Das Ziel ging sichtlich auf einen „kolonialen" Status, d. h. auf die Umformung der südosteuropäischen Wirtschaft, ihre Anpassung an und Einordnung in die deutsche Planwirtschaft in der Art, daß die Balkanstaaten auf Industrie bemerkenswerten Umfanges hätten verzichten und landwirtschaftliche Rohstoffbasen mit niedrigem Lebensstandard bleiben müssen. Das war freilich schwer zu erreichen. Man stieß nicht allein auf Traditionalismus, Mißtrauen, politische Befürchtungen und Indolenz im Südosten, sondern seit 1937 auch immer mehr in Deutschland selbst auf das Problem, Güter zu finden, die man im Überfluß hatte und der Südosten brauchen konnte und kaufen mochte.

Wohl stiegen die deutschen Importe aus dem Südosten im Laufe der Jahre weiter, aber die Exporte dorthin sanken vielfach ab. Das führte zu immer wieder als irrig sich erweisenden Spekulationen in den westeuropäischen Staaten, die allen Analysen der Wirtschaftspresse zum Trotz in Handels- und Rechnungsbilanzsystemen des 19. Jahrhunderts ohne Berücksichtigung des Faktors Machtpolitik zu denken pflegten. Tatsächlich waren alle eingefrorenen Reichsmarkkonten der Südoststaaten ein politisches Erpressungsmittel, so wenig ihr Ansteigen dem Ansehen des Dritten Reiches auf dem Balkan dienlich war. Es traf sich daher gut, daß Deutschland gerade um diese Zeit in der Lage war, größere Mengen der ersten, qualitativ nicht vollwertigen und schnell überholten deutschen Zell- und anderen Kunststofferzeugnisse aus dem deutschen Markt zu ziehen und auf den südosteuropäischen umzulenken. Gleichzeitig gelang es der nationalsozialistischen Politik, die südosteuropäischen Staaten nicht nur wirtschaftlich immer enger an Deutschland zu binden, sondern auch untereinander in ein harmonischeres politisches Verhältnis zu bringen, was alles die Stärke des deutschen und das Sinken des westeuropäischen Einflusses

---

Glauben Sie nicht, meine Herren, daß ich Ihre Vertragsabschlüsse nicht alle kenne. Ich habe einen guten Nachrichtendienst. Ich weiß, wo um ein Cent für die Tonne hin und her gehandelt wird. Sichern Sie sich, und selbst unter Verlust, die Rohstoffe. Ich bin bereit zu helfen, jede Menge lohnt . . . Verfahren Sie im übrigen wie ein Trüffelschwein, das seine Nase überall hineinsteckt und die Werte findet. (Große Heiterkeit.) Den Einwand, daß man bei der Verhüttung heimischer Erze zwei statt eines Hochofens benötigt, laß ich nicht gelten. Es geht hier um die Rentabilität des ganzen deutschen Lebens und nicht um die Rentabilität einer einzelnen Unternehmung . . .

Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen . . ."

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

illustrierte[17]. Nichts war für den Führungswandel auf dem Balkan in den 30er Jahren so bezeichnend wie die Tatsache, daß es 1937 wieder zu Zollunionsbesprechungen kam. Hatten sie sich um 1931/32 im Bereich Frankreichs als Gründungs- und Schutzmacht der Kleinen Entente abgespielt, so bildeten sie nun ein Wahrzeichen für den lenkenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Dritten Reiches, das danach strebte, die Kleine Entente zu zerbrechen, die Tschechoslowakei zu isolieren, und eine engere südosteuropäische Einigung als Einleitung für die größere umfassende „Neuordnung Europas" zuwege zu bringen. Das Dritte Reich wurde in diesen Bemühungen gewissermaßen unterstützt, indem die Außenhandelsvertreter anderer Staaten, vor allem Frankreichs und Englands, sich geradezu freiwillig aus den umkämpften Südostmärkten zurückzogen. Die beiden Staaten selbst schwankten zwischen Resignation (appeasement) und lahmer Interventionspolitik, hielten im übrigen aber an der Politik des Schutzes der nationalen Landwirtschaft und der Bevorzugung der Mitglieder des Commonwealth fest.

Die Frage, ob der Höhepunkt der nationalsozialistischen Außenhandelsoffensive im Südosten erreicht sei, beantwortete im Sommer 1937 die Zeitschrift „L'Europe Centrale"[18] in negativem Sinne. Es kam hinzu, daß gegen Ende des Jahres 1937 und während des Jahres 1938 die weltwirtschaftlichen Verhältnisse sich entschieden verschlechterten, was bedeutete, daß für die Südoststaaten, selbst wenn sie danach suchten, immer weniger Aussicht auf neue Märkte bestand. Schon konnte man sich fragen, ob die gelegentlichen und nahezu ungelenkten politischen Finanzhilfen Frankreichs und der Tschechoslowakei, die im Januar 1937 eine Anleihe in Höhe von 500 Mill. Tschechenkronen für rumänische Waffenkäufe gab, angesichts der starken deutschen Stellung in Rumänien auf lange Sicht nicht eher dem Dritten Reich als Westeuropa nutzen würden. Es war doch nur eine schwache Gegendemonstration, wenn Antonescu sich am 9. 12. 1937 anläßlich des Besuches von Delbos auf dessen Balkanreise in Bukarest zur Einheit der Sicherheit von West- und Osteuropa bekannte und die „genaue Übereinstimmung der Anschauungen" betonte[19]. Im gleichen platonischen Sinne bestätigte Stojadinowitsch dem Franzosen 5 Tage später in Belgrad, es sei nützlich, „die Zusammenarbeit im alten Geiste der Freundschaft und des Vertrauens" fortzusetzen. Die Tatsache, daß die südosteuropäischen Staaten überall Vorteile, von allen Mächten Kredite und Waffen zu erhalten bestrebt waren und 1937–1938 allen Besuchern und bei den entsprechenden Gegenbesuchen allen Premierministern die gleichen herzlichen Zukunftsversprechungen im Gedenken gemeinsamer Vergangeneit machten, brauchte die deutsche Führung nicht besorgt zu machen. Tatsächlich konnte sie ihren Einfluß im Südosten fortwährend verstärken und vertiefen. Die Tagungen der Kleinen Entente im Mai und September in Genf, im August 1937 in Sinaia hätten auch dann nur noch eine Schattenbedeutung gegenüber früheren Jahren gehabt, wenn Rumänien und Jugoslawien sich dort nicht so offenkundig allen neuen Bindungen entzogen hätten. Auch anläß-

[17] „Die Deutsche Volkswirtschaft" 1937 Nr. 11.
[18] 19. und 26. 6. 1937.
[19] Survey . . . 1937 a. a. O. S. 341.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich der beiden Tagungen des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente im Februar und im Oktober hatten sie sich aus jeder Maßnahme herausgehalten, die ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Italien oder Hitler ungünstig hätte beeinflussen können. Ja, in Sinaia sprach man offiziös davon, daß Jugoslawien sich von einem neuen Donauplan keine größeren Vorteile versprach, als es bereits aus den bilateralen Verträgen mit Deutschland und Italien zu ziehen vermochte. Und es war bekannt, daß Rumänien, dessen von Hitler geförderte extreme Rechte sich scharf gegen die Kleine Entente und die Tschechoslowakei wandte, zu einer sehr ähnlichen Auffassung neigte, obgleich Frankreich mit der Einstellung seiner Geld- und Waffenhilfe drohte.

Die nur in ihren Grundzügen eben angedeutete Entwicklung wurde verstärkt durch den „Anschluß" Österreichs und des „Protektorats", das alte, natürliche Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien, aber auch zu Ungarn, Rumänien und Bulgarien besaß. Schacht und die vorzüglichen, äußerst geschickt formulierten Berichte der Reichskreditgesellschaft in Berlin, die auch im Auslande aufmerksam gelesen wurden, hielten zwar weiter an der Schauseite einer gesunden, auf gute internationale Beziehungen bedachten Wirtschaftspolitik fest. Aber Schachts Einfluß war seit den Tagen des Neuen Planes sehr gesunken. Und vollends, als Funk die Reichsbank übernahm, zeigten die Jahresberichte dieses Institutes, das alsbald ein neues Statut erhielt und dem Führerprinzip eingeordnet wurde, daß die Jahre seit 1934 auch wirtschaftspolitisch nicht ein Interim, sondern eine Vorbereitungsperiode gebildet hatten. Die Ausdehnung und Konsolidierung des Einflusses im Südosten, die Erweiterung des unmittelbaren Machtbereiches durch „Ostmark" und „Protektorat" hatten nun auch die offene Formulierung der neuen Außenwirtschaftsauffassung zur Folge, die sich eindeutig von der Idee der Weltwirtschaft wie der Goldwährung abwandte, da beide wie Funk es auf der Frühjahrsmesse 1938 in Leipzig ausdrückte, nur „internationale Abhängigkeit" bedeuteten. Hitler hielt auf dem Parteitag des Jahres 1938 an der Forderung dauernder und vollständiger Unabhängigkeit von anderen Nationen mit Nachdruck fest und erklärte eine wirkungsvolle „Blockade" bereits zu jenem Zeitpunkt für vollkommen unmöglich, betonte jedoch andererseits am 30. 1. 1939 vor dem Reichstage, daß Deutschland „exportieren oder sterben" müsse. Freilich lag darin kein Widerspruch gemäß der im Dritten Reich entwickelten Auffassung, daß die Grundlagen der Existenz, auch soweit sie den Außenhandel beträfen, im engsten Einflußbereich einer Großmacht liegen müßten und daß die kleinen Staaten sich solcher machtpolitischen Versorgungs- und Lebensraumbildung unterzuordnen hätten. Der „Großwirtschaftsraum" hatte die Aufgabe, der Großmacht im Kriege und Frieden Nahrungsmittel und Rohstoffe in ausreichender Menge und Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Die Grenzen eines solchen für Deutschland notwendigen Versorgungsraumes einigermaßen genau zu umreißen, lehnte man 1938 im Dritten Reich noch ab, da die Welt eben erst begonnen hatte, sich den Bedürfnissen der Großen entsprechend neu zu formieren[20]. Daß der Südosten und

[20] Vgl. W. Grävell: Großräume im Außenhandel, in „Deutsche Wirtschaftszeitung" 23. 2. 1939; auch „Deutsche Wirtschaftszeitung" 11. 11. 1937 S. 1349/52.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Tschechoslowakei dazu gehören müßten und würden, stand allerdings bereits außer Zweifel.

Die Westmächte bemühten sich nun doch ihrerseits im Frühjahr 1938, dem durch den „Anschluß" verstärkten Druck des Dritten Reiches zur Donau und über Wien in den Südosten durch politische Kredite zu begegnen. Die Türkei erhielt 10 Mill. £ zur Modernisierung ihrer Bergwerke, Eisenbahnen und Hafenanlagen, und weitere 6 Mill. £ zum Ankauf von Waffen, was in Deutschland richtig als eine Gegenmaßnahme gegen nationalsozialistische Expansionsbestrebungen beurteilt und daher heftig kritisiert wurde[21]. Verhandlungen über ähnliche Finanzhilfen an Polen, Rumänien, Griechenland und Jugoslawien waren nun, einige Jahre nach dem Beginn der deutschen Südostoffensive, anscheinend im Gange[22].

Auch wurde im Herbst 1938 von der britischen Regierung ein interministerielles Komitee unter der Leitung von Sir Frederick Leith-Ross, dem Hauptwirtschaftsberater der Regierung, eingesetzt, um die Möglichkeiten einer Verstärkung des britischen Handels mit den Donau- und Südoststaaten zu untersuchen. Großbritannien betonte sein Interesse am bulgarischen und griechischen Bergbau, den man der deutschen Rüstungsindustrie nicht in die Hände fallen lassen wollte; und das in den jugoslawischen Bleibergwerken bei Trepca angelegte britische Kapital wurde 1938 von 1,25 auf 1,65 Mill. £ erhöht. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte man in Deutschland diese Anzeichen verstärkten englischen Interesses am Südosten wie etwa die schon lange vor dem Abschluß (16. 9. 1938) bekannt gewordene Tatsache, daß ein britischer Importeur eine größere Lieferung rumänischen Weizens gekauft hatte. Ja man führte sogar eine Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Großbritannien und den USA auf den britischen Wunsch zurück, größere Mengen von Weizen und Erdöl aus politischen Gründen in Rumänien zu kaufen.

Schien sich also im Südosten bis hin zur Türkei ein Außenhandelskrieg zwischen den Westmächten und dem Dritten Reich um dessen „Versorgungsraum" zu entwickeln, so betont andererseits Allan G. B. Fisher in den von Toynbee herausgegebenen Surveys für das Jahr 1938[23], daß Englands und Frankreichs Aktivität in dieser Hinsicht weit geringer war, als die Balkanstaaten es gerne gesehen hätten. Beide Staaten blieben schließlich doch sehr zurückhaltend, sobald eine „Hilfsmaßnahme" gegen Deutschland „demanded a revision of other parts of their national commercial policies". Dazu kam noch, daß die Südoststaaten seit alters und nach wie vor als unsichere Schuldner galten, die wenig geneigt waren, aufgenommene Anleihen zu verzinsen. Das Dritte Reich war offensichtlich eher als jene, in altem Rentabilitätsdenken befangenen Mächte bereit, sich seine Südosteuropapolitik auf lange Sicht etwas kosten zu lassen. Und während Göring und seine Mitarbeiter die Bedeutung der Wirtschaft sehr genau erkannten, ja, sogar überschätzten und entsprechend handelten, wich die britische Regierung sowohl der Kritik des Präsidenten des Board of Trade im Unterhaus (15. 6. 1938) wie französischen Andeutungen bei

[21] Z. B. Nationalzeitung 12. 10. 1938.
[22] Survey . . . 1938 vol. I . . . Oxford 1941 S. 45.
[23] A. a. O. S. 45.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Verhandlungen in London (April 1938) mit der Erklärung aus, sie wolle ihre Bemühungen einstweilen auf die Lösung der Minoritätenfrage konzentrieren[24].

Wieweit in Wirklichkeit die Balkanstaaten nach deutscher „Hilfe" verlangten oder lieber britisch-französische Unterstützung akzeptiert hätten, ist ohne sehr umfangreiche Quellenstudien nicht zu entscheiden. Toynbees Surveys waren stets geneigt, bei den Südoststaaten eine traditionelle und natürliche Sympathie für die beiden Westmächte und eine entsprechende Zurückhaltung gegenüber Deutschland vorauszusetzen. Das entsprach vielleicht nicht ganz den Tatsachen, trug aber dazu bei, daß man die von Jahr zu Jahr wachsenden nationalsozialistischen Erfolge und damit die Stellung Deutschlands auf dem Balkan überhaupt unterschätzte. Klärlich hatte dann die Münchener Konferenz zur Folge, daß die südlich der Tschechoslowakei gelegenen Staaten ihre Beziehungen zu Deutschland und anderen Mächten, wie auch ihre Außenhandelssysteme vollends einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen. Göring sprach es damals deutlich genug aus, daß der Erfolg seines Vierjahresplanes von der politischen Expansion des Dritten Reiches nach Südosten entscheidend abhing[25]. In der Tat machte – ganz abgesehen von ihren direkten wirtschaftlichen Folgen – die Gebietsvergrößerung stärkere Getreide- und Rohstoffimporte sowohl nötig wie möglich. So hatte der deutsche Druck auf den Balkan, allen Wunschträumen britischer Traditionalisten zum Trotz, keineswegs seinen Höhepunkt überschritten. Im Gegenteil: Hatte Schacht sich 1934 noch als „Hausierer" auf dem Balkan bezeichnet, so standen die Südoststaaten nun nicht allein unter wachsendem militärischen Einfluß Deutschlands, sondern dieses kontrollierte auch in den friedlichsten Zeiten die Straßen-, Eisenbahn- und Flußschiffahrtsverbindungen zwischen dem Südosten und dem übrigen Europa. Der mit großem Nachdruck begonnene Ausbau des Wiener Hafens, die Anlagen in Linz, die Kanalplanungen, die den Südosten über Wien mit Stettin, Bremen und Westdeutschland und dieses für 1200-t-Schiffe mit dem Schwarzen Meer schon 1945 verbinden sollten, zeigten, wie man mit allen Mitteln bestrebt war, den Südosten fest mit dem Dritten Reich zu verbinden. Die nationalsozialistischen Zeitschriften jener Jahre, von Görings repräsensativem „Vierjahresplan" bis zur großsprecherischen, den Herrenrassenjargon pflegenden, aber über die Vorhaben des Dritten Reiches oft gut informierten Zeitschrift „Die Deutsche Volkswirtschaft" des Professors Hunke, quollen über von Projekten und Zukunftsbildern in bezug auf die enge Verknüpfung Deutschlands mit dem Balkan.

Die Gegner des Dritten Reiches wiesen demgegenüber auf die riesigen, wie sie meinten, untragbaren Kosten und die angesichts des Arbeiter- und Materialmangels in Deutschland viel zu großen Bauvorhaben hin, die niemals termingemäß fertiggestellt werden könnten. Sie übersahen dabei, daß dies nicht kurzfristige Vorhaben waren und das Dritte Reich so wenig wie Sowjetrußland nach den Rentabilitätsgesichtspunkten „kapitalistischer" Mächte kalkulierte. Viel wichtiger war, daß die deutschen Kapitalanlagen auf dem Balkan ständig im Wachsen begriffen waren

[24] The Times 30. 4. 1938.
[25] Le Temps 20. 9. 1938.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(in Jugoslawien zwischen 1934 und 1938 von 55 auf 820 Mill. Dinar, während das tschechische Kapital d. h. der französische Einfluß von 775 auf 450 Mill. Dinar zurückgegangen war) und daß durch Österreichs beträchtliche Guthaben bei den Südoststaaten mit dem „Anschluß" die deutsche Zahlungsbilanz mit diesen eine fühlbare Entlastung erfuhr.

Wie sehr sich Deutschlands Stellung auf dem Balkan bis zum Sommer und Herbst 1938 gestärkt hatte, geht aus dem Umstand hervor, daß man offen erklären konnte, die Zeit für „unnatürliche" Versuche, einen südosteuropäischen Wirtschaftsraum im Sinne der großen Mächte von Versailles aufzubauen, sei nun endgültig vorüber. Als Museumsstück bezeichnete der „Völkische Beobachter" Hodzas Donauföderationsplan vom Jahre 1936, der von den natürlichen Entwicklungen überholt worden sei[26]. Hatte Schacht einst eine große Werbereise durch die Hauptstädte des Südostens unternommen, so stand die Fahrt seines Nachfolgers Dr. Funk im Herbst 1938 nach Jugoslawien, der Türkei und Bulgarien auf einem ganz anderen Niveau nationalsozialistischen Selbstbewußtseins. Funks Reise wurde von der deutschen Presse ganz offen als eine Maßnahme gegen die politischen Kreditaktionen des Westens bezeichnet[27]. Absichtlich oder zufällig verlief sie vom 18. 9. bis in den Oktober hinein vor dem eindrucksvollen Hintergrund der Schwäche der von ihren Protektoren unzulänglich beschützten Tschechoslowakei. Funk unterließ es am 30. 9. in Belgrad nicht, deutlich auf die Lehren hinzuweisen, die man am besten aus den Münchener Tagen ziehen sollte: daß nämlich Jugoslawien nur in enger Anlehnung an das Dritte Reich eine befriedigende Zukunft habe. Vom „Versorgungsraum" des Dritten Reiches sprach man in Berlin; in Belgrad bevorzugte Funk für die gleiche Tatsache den höflicher verschleiernden Begriff „Großwirtschaftsraum", in dem ein Netz moderner Verkehrswege die nun zu erschließenden Bodenschätze und mit deutscher Hilfe aufzubauenden Industrien untereinander verbinden sollte. Daß seine Reise politischen Zwecken diente, bestritt er, betonte aber zugleich, daß Wirtschaftspolitik nicht zu trennen sei von allgemeiner Politik, sich vielmehr dieser anpassen müsse. Demgemäß bot das Handelsabkommen, das Deutschland und Jugoslawien am 23. 10. 1938 unterzeichneten, dem jugoslawischen Bauern erheblich über den Weltmarktpreisen liegende Aussichten. Welche Folgen freilich die Hingabe an solche Lockungen haben konnte, zeigte ein nachbarliches Beispiel. Bulgarien war, als Funk in Sofia eintraf, bereits enger mit Deutschland verbunden als Jugoslawien. Das Dritte Reich hatte 1938, wie zu Beginn seiner Südostexpansion, einen erheblichen Teil der von Bulgarien erworbenen Güter dem Weltmarkt angeboten und damit, gewiß unter finanziellen Einbußen, aber mit politischem Gewinn, bulgarische Direktverkäufe an den Westen praktisch unterbunden. Darin lag eine Fesselung, die es unschädlich, ja vom deutschen Standpunkt aus vorteilhaft erscheinen ließ, wenn Paris einen Kredit von 375 Mill. Franken zum Kauf französischer Eisenbahnmaterialien und Waffen an Bulgarien gewährte. Gleichzeitig konnte Funk einen 12-Jahresaustausch bulgarischer Ernten zu festen Preisen und deutscher

[26] Völkischer Beobachter 18. 10. 1938.

[27] A. a. O. 12. 10. 1938.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Maschinen, Waren, Facharbeiter, Ingenieure und Wirtschaftsberater empfehlen. Auch das war Lockung und Gefahr zugleich[28].

Als Funk am 16. 10. 1938 nach Berlin zurückkehrte, konnte er mit Befriedigung auf die seit 4 Jahren erreichten Erfolge zurückblicken und erklären, es bestünde eine „Wirtschaftsachse" von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer. Das bedeutete zugleich, daß die Südoststaaten in Deutschlands Interesse im Sinne des Versorgungs- wie des Großwirtschaftsraumes landwirtschaftliche Rohstoffbasen bleiben und entgegen allen Lockbildern künftig nicht in bemerkenswertem Umfange industrialisiert werden sollten[29]. Als Trost und Ausgleich für das Fixiertwerden im landwirtschaftlichen Bereich und für die Verhinderung des Entstehens von Industriegebieten mit entsprechenden Wohnvierteln von politisch schwierig zu behandelnden Industriearbeitern hielt man den Südoststaaten vor, daß Deutschland einmal an einem bolschewismusfesten Lebensstandard im Südosten interessiert sein müsse und andererseits sein Handel mit ihnen schon 1936 wertmäßig 85 Prozent des Handels von 1928 ausgemacht habe, während der deutsche Gesamtaußenhandel um 66 Prozent zurückgegangen sei. „Hier liegt", so sagte man, „der Kern des Problems"[30], d. h. die Lebenssicherung für die abhängig gewordenen Völker. In einem Artikel „Deutschland – der große Bruder", hieß es im Sommer 1939: „Sprechen wir es ruhig und deutlich aus, daß Deutschlands Interessen, soweit man sie auch spannen möge, eine „Liquidierung" oder militärische Beeinflussung anderer kleinerer Länder im mitteleuropäischen Raume gar nicht nötig haben. Erstmals ist unsere geopolitische Lage im Herzen Europas heute so stark, daß ohne die geringsten gewaltsamen und künstlichen Mittel die wirtschaftliche Zusammenarbeit gesichert ist..., so daß die Bildung des mitteleuropäischen Großraumes sich mit automatischer Sicherheit von selbst vollziehen wird. Wir werden auch für das allerdings noch ungelöste gegenseitige Währungsproblem ... in diesem Raume eine brauchbare

[28] Während das Dritte Reich so zielbewußt nach Südosten drängte, interessierte man sich in London mehr für die restlichen Werte der Tschechoslowakei. Unmittelbar nach dem Münchener Abkommen bemühte sich die englische Regierung vom 20. 10. 1938 ab um den Erwerb der „überflüssig" gewordenen tschechoslowakischen Waffenbestände zur Verstärkung der eigenen Rüstung, aber auch, um zu vermeiden, daß diese halbfertigen und fertigen Waffen in andere Hände gerieten, womit Spanien und Palästina gemeint waren (!). Zu diesem Zweck sandte der britische Kriegsminister Hore Belisha Anfang November zwei Fachleute für Rüstungsfragen nach Prag (Dok. der. dtsch. Politik Bd. VII, 1 S. 139/50 Anm. 2). Auf die englisch-französischen Anleiheverhandlungen für die Tschechoslowakei Anfang 1939 wie überhaupt auf die bedeutungsvollen Wirtschaftsfragen, die zwischen der Tschechoslowakei und England/Frankreich bzw. Deutschland auftauchten und die das über den Südosten Angedeutete vielfach ergänzen und illustrieren, kann hier aus Raumgründen nicht eingegangen werden. Interessantes Material dazu in „Documents on British Foreign Policy 1919 – 39" ed. by L. Woodward and Rohan Butler, 3rd series, vol. III 1938/39, vol. IV 1939, London 1950 bzw. 1951. Zwei Dissertationen über das Verhältnis des Dritten Reiches zur Tschechoslowakei und zum Protektorat sind in Vorbereitung.

[29] „Die Deutsche Volkswirtschaft" 1938 Nr. 12.

[30] G. L. Nicolaides: Die Handelspolitik der reichen Länder gegenüber den armen Ländern, in „Der Vierjahresplan" 1938 Folge 2.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lösung finden – nur brauchen wir dazu die Bank von England und den Londoner Geldmarkt nicht, und auch nicht Wallstreet[31]." Das war die Auffassung, die sich auf dem Hintergrunde der Geschehnisse von 1938 und einer leicht aktiven deutschen Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1939 entwickeln und behaupten konnte. Man kontrastierte sie gern mit den Versuchen der Gegenseite, die deutsche Ware gerade auf den Märkten, wo sie sich seit vielen Jahren durchgesetzt hat, mit unfairen Mitteln zu verdrängen[32]."

So fand zwischen dem Herbst 1938 und dem Frühjahr 1939 eine den „Volksgenossen" in Deutschland selbst schwer durchschaubare neue Auffassung vom Außenhandel ihren Abschluß. Sie wandte sich endgültig ab von den alten Formulierungen der Weltwirtschaft und richtete sich immer eindeutiger im Sinne der rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen gegen die Möglichkeit einer Blockade; sie war nicht auf den weltweiten Austausch, wie ihn die Technik ermöglichte, sondern auf in sich gegliederte Großraumwirtschaften eingestellt; sie erinnerte an alte merkantilistische und jüngere neomerkantilistische Auffassungen vom ständigen Wirtschaftskrieg aller gegen alle, strebte nach völliger Unabhängigkeit ohne jede internationale Bindung und mit dem Ziel der Herrschaft souveräner Großmächte, zu denen Deutschland gehörte, über die abhängigen Mittel- und Kleinstaaten: Freiheit war in dieser Auffassung und Lehre von der Politik ein Privileg der Großmächte, und wirtschaftliche Unabhängigkeit galt als ein integrierender Bestandteil der politischen Souveränität – was bedeutete, daß die Zahl der souveränen Staaten auf eine ganz kleine Gruppe zusammenschmolz. Die „Braune Wirtschaftspost" vom 15. 10. 1938 sprach unverhohlen aus, daß die Sicherheit jener kleinen Staaten allein durch die Anerkennung der Ansprüche der Großen gewährleistet sei, die wiederum in erster Linie wehrwirtschaftlicher Natur waren.

Es war nun die Frage, wie sich die westeuropäischen Mächte zu dieser nationalsozialistischen Philosophie der Großräume mit allen ihren Konsequenzen verhielten. Ihre Einstellung war zunächst uneinheitlich, „and this divergence of outlook was no doubt in part responsible for a certain lack of decisiveness in official announcements of policy[33]". Die Anhänger der Auffassung, die man in der Hohen Politik später als die Männer des appeasement in mancher Hinsicht für Hitlers Erfolge und damit für die Notwendigkeit eines Krieges verantwortlich machte, waren geneigt, Hinweise auf den politischen Gehalt der deutschen wirtschaftlichen Expansion als Übertreibungen unzufriedener oder unfähiger Kaufleute und die Gefahr als Unbequemlichkeit für kleinere Kreise zu bezeichnen. Auch betonte man zuweilen, daß die deutsche Ausdehnung im Südosten in erster Linie auf Kosten Italiens, Österreichs und der Tschechoslowakei stattfand – wenngleich ohne Zweifel auch britische Exporteure unter der Schutz- und Druckpolitik des Dritten Reiches litten. Weiter gab es, wie die „Times" hervorhob, durchaus Kreise, in denen man die Berechtigung der deutschen Großraumwirtschaftspolitik anzuerkennen geneigt war, zumal

[31] „Die Deutsche Volkswirtschaft" 1939 Nr. 17.
[32] „Die Deutsche Volkswirtschaft" 1939 Nr. 22.
[33] The Times 5. 4. 1939.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

man sich etwa auf die Zufriedenheit der betroffenen Völker selbst mit den Ereignissen berufen und z. B. Kroftas Bemerkung zitieren konnte: „Central European economic rapprochement can be realised only in full agreement with the two powers, Germany and Italy, whose participation in the economic life of Central Europe is the most important[34]." Ja, in völliger Verkennung der politischen Konsequenzen glaubte man eine Lehre aus dem deutschen Vorgehen ziehen zu können, so wenn der „Evening Standard" schrieb: „Our Board of Trade should regard the German drive with equanimity. Would not our Government be wise to take a leaf from Dr. Funk's book? In our own Empire we possess a trade hinterland far more extensive, far richer in resources than Germany possesses in the Balkans[35]." In der Hauptlinie aber setzte sich eine Handelspolitik durch, die eine Parallele des politischen appeasement war.

Ebenso sehr wie Chamberlain gewillt war, einen Krieg mit den Waffen zu verhindern, war Oliver Stanley, President of the Board of Trade, entschlossen, einen Wirtschaftskrieg zu vermeiden[36]. Und als R. S. Henderson, Unterstaatssekretär für Überseehandel, eine für diese Kreise erstaunliche Einsicht bewies, indem er beklagte, „that Germany was by her methods destroying trade throughout the world", hatte er auf eine Anfrage der deutschen Botschaft hin am nächsten Tage sofort der Presse gegenüber zu betonen, daß er sich in keiner Weise in Gegensatz zu seinem Premierminister stellen wollte. Er fügte, vermutlich nicht ohne Ironie, hinzu, England werde fortfahren, seinen Handel und seine Wirtschaftsbeziehungen „along orthodox and traditional financial lines" zu führen[37], was angesichts des Selbstbewußtseins und Selbstlobes in der deutschen Presse so kurze Zeit nach Funks Rückkehr vom Balkan noch den Ton des um gar keinen Preis Belehrt-werden-Wollens erhielt.

So begnügte man sich am 8. 12. 1938 mit dem Entwurf eines neuen Gesetzes über Ausfuhrgarantien, das diese von 50 Mill. auf 75 Mill. £ erhöhen und dem Board außerordentliche Rechte zubilligen sollte, jedoch erst im Februar 1939 dem Plenum des Unterhauses vorlag. Inzwischen war allerdings der Umfang der Geschäfte, die über das Export Credits Guarantee Department liefen, von 7,5 Mill. £ im Jahre 1933/34 auf fast 43 Mill. £ im Jahre 1937/38 gestiegen. Offenbar um eine Wiederholung und Fortsetzung solcher Maßnahmen und die schnelle Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, mußte Schacht im Dezember 1938 nach London reisen, interessierten sich deutsche Wirtschaftszweige plötzlich für unmittelbare Verhandlungen mit ihrem britischen Vis-à-vis über die Aufteilung von Exportmärkten, fanden in London Besprechungen zwischen der Federation of British Industry und der Reichsgruppe Industrie über Ausfuhrsteigerung und Vermeidung des Wettbewerbs auf heimischen und ausländischen Märkten statt. Ende Januar 1939 wurde bekanntgegeben, daß die deutschen und englischen Kohlenexporteure, die insgesamt 80 Prozent der europäischen Exportkohle beherrschten[38], sich geeinigt hatten und

[34] Journal des Nations 27. 9. 1937.

[35] 28. 10. 1938.

[36] Debatte im Unterhaus 1. 11. 1938, zitiert in „Surveys" a. a. O. 1938 S. 64f.

[37] Surveys a. a. O. S. 65.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem europäischen Kohlenkartell zustrebten. Schließlich kam es im März 1939 in Bielefeld zu einem privaten Industrieabkommen zwischen beiden Ländern, das Deutschlands Vorrang im Südosten Rechnung trug. So zeigte sich also auf der ganzen Linie im britischen Bereich eine genaue Parallele der Wirtschaftspolitik zur Politik des appeasement. Darin lag gewiß Gradlinigkeit und Konformität. Aber auch für die Außenhandelspolitik wie für die Diplomatie erhob sich die Frage, ob hier die „orthodoxen und traditionellen" Mittel und Wege denen des Dritten Reichs gewachsen sein würden.

Frankreich konnte der englischen Haltung gegenüber mit verhältnismäßig mehr Recht auf die Kapitalien hinweisen, die nach wie vor in der rumänischen Erdölindustrie und im jugoslawischen Bergbau angelegt waren. Freilich durfte dabei nicht übersehen werden, daß mindestens 50 Prozent des im Ausland befindlichen französischen Kapitals Aktiengesellschaften gehörte, die damit nur Steuergewinne machen und Abwertungsmanövern entgehen wollten, ohne im geringsten außenpolitischen Zwecken dienstbar gemacht zu werden[39]. Im Bereich des Südosthandels war zudem stets nur wenig französisches Kapital tätig gewesen, da die französischen Agrarinteressen in der staatlichen Wirtschaftspolitik entschieden überwogen. Während Großbritannien geneigt war, die nationalsozialistische Gefahr auf dem Balkan aus Bequemlichkeit und Sorge vor unerwünschten Zusammenstößen zu unterschätzen, ja sogar einer Interessenteilung das Wort zu reden, beschränkte Frankreich sich traditionellerweise im Bereich der politischen Kredite auf die militärische oder, spezieller ausgedrückt, auf die strategische Seite[40]. Es war obendrein in seiner Wirtschaftsaktivität durch die finanziellen Krisen im allgemeinen[41] und dem Führerstaat gegenüber durch seinen labilen Parlamentarismus insbesondere entschieden behindert. Nachdem schon Daladier als Premierminister Ende Oktober 1938 in Marseille nach dem Prestigeverlust der Nation in München die Wendung des Blickes auf das Kolonialreich empfohlen hatte, griffen bald danach auch der Luftfahrtminister La Chambre wie der Minister für die Kolonien, Mandel, diesen Rat auf und erklärten Frankreich solle sich dort mit aller Energie die kriegswichtigen Rohstoffe beschaffen. Zwar wurde diese für französisches Denken höchst unorthodoxe und untraditionelle Linie des Ausweichens nach Übersee schließlich doch nicht verfolgt. Vielmehr unternahmen französische Politiker Balkanreisen; es wurden Wirtschaftsverträge auf der Basis von Ausnahmezolltarifen und anderen Begünstigungen mit Bulgarien und Ungarn abgeschlossen, mit Jugoslawien und Rumänien vorbereitet. Auch entstand eine jugoslawisch-französische Handelskammer in Belgrad. Gleichwohl war doch jene erste Reaktion auf München bezeichnend für die Tendenz des Rückzugs und Appeasement auch in Frankreichs Wirtschafts-

---

[38] Vgl. dazu meinen Aufsatz: Politische Kohle im ersten und zweiten Weltkrieg, in „Die Welt als Geschichte", 1951, Heft 5, besonders S. 192ff.

[39] The Manchester Guardian 6. 4. 1938.

[40] Wilhelm Treue: Die russische Verschuldung an Frankreich zum Zwecke des strategischen Eisenbahnbaues, Preußische Jahrbücher Bd. 240, 1935, S 127.ff.

[41] Frankfurter Zeitung 9. 12. 1938.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politik. Im Grunde mit Recht konnte der ungarische Außenminister Graf Csaky am 26. 1. 1939 erklären, daß „seit München die Westmächte einen vollständigen Mangel an Interesse für Mitteleuropa gezeigt und dieses Gebiet mehr oder weniger den Achsenmächten überlassen hätten"[42]. Denn alles, was Großbritannien und Frankreich im Südosten taten, geschah sporadisch, zufällig, planlos und war daher der Planwirtschaft des Dritten Reiches von vornherein unterlegen. Es bot in der Tat den südosteuropäischen Produzenten nicht die Sicherheit ständigen Absatzes, den sie im Großdeutschen Reich zu hohen Preisen fanden. Im Oktober 1938 fragte der Herausgeber der rumänischen Zeitung „Timpul", Gafencu, der im Januar 1939 Außenminister wurde: „Deutschland hat seine Pläne – haben andere Staaten auch welche?"[43], und antwortete selbst: „Falls sie keine Pläne haben, müssen wir unbedingt mit Deutschland gehen („we must perforce go with Germany")". Das war in der Tat die Situation, in die sich die Südoststaaten nach München und im Jahre 1939 mehr denn je zuvor gestellt sahen. Gafencu erkannte naturgemäß die Lage besser als Chamberlain und die Franzosen, die in der Wirtschafts- wie in der Großen Politik nach Verständigung mit einem Gegner strebten, der, wie man bereits Gelegenheit gehabt hatte festzustellen, nur Sieg oder Niederlage kannte und die Diplomatie und Politik des abendländischen 19. Jahrhunderts zutiefst verachtete.

Die Ereignisse der folgenden Monate bis zum Kriegsausbruch und dem durch deutsche Erfolge bestimmten ersten Abschnitt des Krieges selbst bestätigten nur die Entwicklung der vergangenen Jahre. Wertvoll an der Betrachtung dieser Zusammenhänge ist die Erkenntnis, daß nicht allein im Führerstaat, wo es nicht anders zu erwarten ist, sondern auch in Großbritannien und Frankreich Große Politik und Wirtschaftspolitik (und man ist geneigt hinzuzufügen: auch die Kulturpolitik) jeweils auf den gleichen, häufig nicht ausdrücklich formulierten Grundsätzen beruhten, die gleichen Wege verfolgten und den gleichen Zielen zustrebten. Wie im 17. und 18. Jahrhundert die einzelnen Staaten entsprechend ihren speziellen Absolutismen auch ihre besonderen Merkantilismen und selbst die entsprechenden eigenen Formen für Überseehandelsgesellschaften entwickelten, und wie es im 18. und 19. Jahrhundert nationale Spielformen des Liberalismus und Neomerkantilismus gab, die genau den staatlichen Strukturen entsprachen, so gab es erst recht in den Jahrzehnten des Faschismus und des Nationalsozialismus Strukturzusammenhänge, die, trotz einiger Angleichung in der Praxis eines gelenkten Kapitalismus, in den beiden hier betrachteten Lagern Diplomatie und Außenhandelspolitik gleichmäßig, aber antithetisch durchdrangen.

---

[42] Daily Telegraph 27. 1. 1939, zitiert in „Surveys" a. a. O.1938 S. 68.

[43] Zitiert in „The Financial News" 10. 10. 1938; von dort zitiert in „Surveys" a. a. O. 1938, S. 69.

Jahrgang 1 (1953), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte